

## Antrag

**der Abgeordneten Christoph Meyer, Markus Herbrand, Michael Georg Link (Heilbronn), Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Anikó Glogowski-Merten, Julian Grünke, Thomas Hacker, Philipp Hartewig, Peter Heidt, Katja Hessel, Karsten Klein, Pascal Kober, Kristine Lütke, Claudia Raffelhüschen, Ria Schröder, Anja Schulz, Dr. Stephan Seiter, Bettina Stark-Watzinger, Jens Teutrine, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

### Mehr Netto vom Brutto

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Wachstumsprognose für Deutschland erneut gesenkt und viele Bürgerinnen und Bürger kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten und bürokratischen Hürden. Neben der international ohnehin schon beispiellos hohen Belastung durch Steuern und Abgaben, hat sich die Situation durch die Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung seit dem 01.01.2025 erneut verschärft. Mit dem Blick auf ihren Gehaltszettel im Januar verstetigt sich für viele Menschen das Gefühl, dass von ihrem hart erarbeiteten Einkommen zu wenig übrig bleibt.

Das ist ein dringendes Warnsignal für tiefgreifende und strukturelle Reformen und eine echte Wirtschaftswende. Die Stärke unseres Landes darf nicht länger durch ein leistungsfeindliches Steuersystem und übermäßige Bürokratie in Geiselhaft genommen werden, die unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen, den Fachkräftemangel verschärfen und sozialen Aufstieg verhindern. Eine umfassende Steuerreform ist unerlässlich, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und den Staat effizienter und schlanker zu gestalten.

Auch die immer weiter steigenden Sozialabgaben belasten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Sie verhindern, dass Unternehmen neue Jobs schaffen und machen die Arbeitsaufnahme unattraktiv. Sie engen zudem die Möglichkeiten der jungen Generation ein, zusätzliche Vorsorge zu betreiben. Dadurch werden immer weiter steigende Sozialabgaben zu einer großen Belastung für Bürger und Betriebe. Wir brauchen daher tragfähige soziale Sicherungssysteme mit einer fairen Lastenverteilung zwischen den Generationen.

Es muss endlich wieder mehr Netto vom Brutto bleiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einen Gesetzentwurf vorzulegen, der

1. den Grundfreibetrag spürbar erhöht, sodass ein größerer Teil des Einkommens steuerfrei bleibt. Dies würde insbesondere Geringverdienern zugutekommen und nicht nur ihre finanzielle Situation verbessern, sondern auch den Lohnunterschied im Vergleich zu Leistungsempfängern erhöhen und damit das Arbeiten attraktiver machen;
2. die Einkommensteuersätze, insbesondere für mittlere und niedrige Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen senkt. Dies würde die Steuerlast der hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger reduzieren und ihnen mehr finanziellen Spielraum verschaffen;
3. die Freibeträge und Eckwerte des Einkommensteuertarifs automatisch an die Inflationsentwicklung anpasst und den Mittelstandsbauch durch eine Kopplung des Spitzensteuersatzes an die Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung abbaut;
4. steuerfinanzierte Sozialleistungen in einer Leistung bündelt und das Steuer- und Sozialsystem leistungsgerecht im Sinne einer negativen Einkommensteuer aufeinander abstimmt. Damit arbeitende Personen nicht erst Steuern zahlen müssen, um anschließend Sozialleistungen bei einer oder mehreren steuerfinanzierten Behörden beantragen zu müssen;
5. die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten verbessert. Das fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglicht insbesondere für Frauen eine Ausweitung ihres Arbeitsangebots sowie eine faire Berücksichtigung der Mehrausgaben, die diese für die Betreuung ihrer Kinder während der Arbeitszeit tragen;
6. Überstundenzuschläge von der Lohnsteuer befreit. Denn besondere Leistung und Mehrarbeit muss sich auch deutlich im Geldbeutel bemerkbar machen;
7. den Solidaritätszuschlag vollständig und ersatzlos abschafft. Diese längst überholte Sonderabgabe belastet die Steuerzahler zusätzlich und ist angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht mehr gerechtfertigt;
8. den Sparer-Pauschbetrag deutlich erhöht, dynamisiert und eine Übertragung nicht ausgeschöpfter Sparer-Pauschbeträge auf Folgejahre ermöglicht sowie eine Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wieder einführt um die langfristige Kapitalanlage zur Altersvorsorge zu unterstützen;
9. die private Altersvorsorge unterstützt, indem eine steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgedepots eingeführt wird, um Bürger bei der eigenverantwortlichen Vorsorge steuerlich zu entlasten;
10. den weiteren Anstieg der Sozialabgaben verhindert. Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung;
11. die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld 1) flexibler gestaltet, sodass geringere Beiträge und mehr Netto vom Brutto möglich sind. In Zeiten eines zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels ist das Risiko langfristiger Arbeitslosigkeit ein abnehmendes, deshalb wollen wir die Möglichkeit schaffen, sich freiwillig für geringere Beitragszahlungen und in der Folge einen geringeren Anspruch

auf Arbeitslosengeld zu entscheiden. Der dadurch verringerte Arbeitgeberbeitrag wird netto ausgezahlt.

Berlin, den 28. Januar 2025

**Christian Dürr und Fraktion**

